

WER WILL EINEN NEUEN RUSSLAND-KRIEG?

Am 14. März 2025 hat der neue deutsche Bundeskanzler, Friedrich Merz, in seiner ersten Regierungserklärung vor dem Bundestag das Ziel formuliert, die deutsche Bundeswehr sollte „konventionell die stärkste Armee Europas werden“. ⁽¹⁾ Dafür sollen alle finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Einige Tage später versicherte der neue Außenminister, Johann Wadephul sogar, Deutschland werde 5 % seiner Wirtschaftsleistung für das Militär ausgeben. Das wären heuer € 218 Milliarden, fast die Hälfte des gegenwärtigen Haushaltsvolumens.

Die neue deutsche Bundesregierung ist damit voll und ganz auf der Linie jener, die einen neuen Krieg gegen Russland vorbereiten wollen. Dabei heißt es natürlich, nach dem Motto „si vis pacem, para bellum“, man müsse aufrüsten, um den Frieden zu sichern. Doch dieses Leitmotiv geht, wie wir wissen, auf das antike Sparta zurück, das sich in einem ständigen Kriegszustand befand. Nunmehr befindet sich die neue deutsche Bundesregierung nicht nur im Einklang mit der spartanischen Militärdiktatur, sondern auch mit jenen Eliten der Europäischen Union, die durch kriegerisches Gehabe ihre eigene Position stärken wollen. Dazu gehören die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der französische Staatspräsident „Napoleon“ Macron oder die Außenbeauftragte der EU, Kaja Kallas. Alle drei haben in den letzten Jahren schon den Krieg in der Ukraine dazu benutzt, um sich persönlich zu profilieren. Jetzt rufen Sie zum Kampf gegen Russland auf, um über gravierende Schwächen im eigenen Bereich hinweg zu täuschen.

Obwohl militärische Angelegenheiten in der Kompetenz der Mitgliedstaaten liegen, gebraucht von der Leyen den Ukraine-Krieg, um die EU weiter zu zentralisieren und um ihre Kompetenzen auszubauen. Wie eine Präsidentin der „Vereinigten Staaten von Europa“ reiste sie in maßgeschneiderten Kampfanzügen immer wieder nach Kiew. Dort proklamiert sie die Aufstellung einer Europa- Armee, so, als wäre das in kürzester Zeit möglich. Jeder Fachmann weiß, dass der Aufbau einer europäischen Streitmacht, die diesen Namen verdient, mehrere Jahre dauert. Gleichzeitig manövrierte die Kommissionspräsidentin die EU ins Abseits, weil sie jegliche Verhandlung mit Moskau ablehnte. Sie war offensichtlich, wie bei anderen Fragen, mehr an Schlagzeilen interessiert, als an einer Problemlösung. Ihre Vorgangsweise erinnert an die seinerzeitige Schrift von Francois Mitterand, der das monarchische Gehabe von de Gaulle als „Coup d’Etat permanent“ bezeichnete, einen täglichen Staatsstreich, der letztlich zu einer neuen Interpretation der Verfassung führen sollte.

Wenn Präsident Macron zum Krieg Europas gegen Russland aufruft, dann will er offensichtlich davon ablenken, in welchem katastrophalen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Zustand sich Frankreich befindet. Außerdem hat Frankreich gerade seine letzten Stützpunkte in Afrika verloren. Die Regierung unter Francois Bayrou kann jeden Tag gestürzt werden, weil sie im Parlament über keine Mehrheit verfügt. Das Budgetdefizit beträgt das Doppelte von dem, was die Maastricht- Kriterien erlauben und die Staatsverschuldung hat bereits 114 % des BIP erreicht. Laut einer jüngsten Meinungsumfrage glauben 87 % der Franzosen, die Ent-Industrialisierung des Landes kann durch Sonntagsreden des Präsidenten nicht

aufgehalten werden. Und in allen Übersee-Besitzungen kam es in den letzten Monaten immer wieder zu schweren Unruhen.

Der früher starke Glaube der Franzosen an ihren Staat ist im Schwinden, nicht zuletzt auch deshalb, weil das Sozialmodell nicht mehr funktioniert. Die Einwanderungspolitik spaltet das Land. Kein Wunder, dass man unlängst in der New York Times lesen konnte „France is in a deep, deep hole“ ⁽²⁾. Aber gleichzeitig will sich Präsident Macron als oberster Kriegsherr im Kampf gegen Russland profilieren.

Die Außenbeauftragte der EU, Kaja Kallas wiederum, hat dazu aufgerufen, Russland zu besiegen, ohne näher auszuführen, wie der Sieg über eine Atommacht aussehen kann. Sie glaubt offensichtlich, Russland-Hass alleine ist eine geeignete Grundlage für eine europäische Außenpolitik. Auch die grundsätzliche Frage bleibt bestehen, woher jemand, der für die europäische Diplomatie, also für Verhandlungen zuständig ist, das Mandat für eine Kriegserklärung nimmt. Auch in diesem Fall kann man wohl sagen, Gefahren durch Russland werden dramatisiert, um sich in Szene zu setzen, um persönliche Ziele zu erreichen.

Zweifellos ist es eine Tatsache, dass die Jahrzehnte-lange anti-Russland Propaganda und die ständige Dämonisierung Putins ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Viele Menschen in Europa glauben tatsächlich daran, dass die russische Armee umgehend nach Lissabon durchmarschiert, wenn sie von den tapferen Ukrainern nicht aufgehalten wird. Diese anti- Russland Strategie wurde von langer Hand vorbereitet. Schon im November 2003 brachte der Economist als Titelgeschichte „Vlad the Impaler“, also Wladimir der Blutsauger, über den gerade gewählten russischen Präsidenten ⁽³⁾ Unzählige Hassartikel folgten in den amerikanischen und europäischen Medien. Vor allem wollte man die westliche Öffentlichkeit davon überzeugen, dass schon ein Gespräch mit dem russischen Präsidenten unzulässig ist und dass Russland auch keine nationalen Interessen haben darf.

Unlängst kritisierten die NZZ unter der Überschrift „Russland ist kein Partner“ sogar die Aussage deutscher Politiker „reden ist besser als schießen“ ⁽⁴⁾. Zu begründen versucht man das damit, dass Russland eine Gefahr für Deutschland geworden ist. Aber gerade, wenn das so wäre, wäre es wohl besser, umgehend Verhandlungen einzuleiten, als weiter einen Krieg vorzubereiten. Und dass diese anti-Russland Propaganda in allen Bereichen geführt wird, zeigt eine Ausstellung, die von Nadya Tolokonnikova im Museum of Contemporary Art (MOCA) in Los Angeles gezeigt wird. Dort wurde der Gründerin der Aktivisten-Gruppe Pussy Riots die Möglichkeit eingeräumt, Russland als Polizeistaat zu präsentieren ⁽⁵⁾.

In einem besonderen Ausmaß wurden die Medien bemüht, um die Aufrüstung gegen Russland zu rechtfertigen. In unzähligen Artikeln kann man lesen, der russische Einmarsch in die Ukraine wäre der erste Bruch des Völkerrechts seit dem Zweiten Weltkrieg gewesen, so als hätte es keinen Krieg in Vietnam oder im Irak, keine Bombardierung Serbiens oder Libyens gegeben. Aber was einmal als „unprovoked Angriffskrieg“ bezeichnet wird, ist ein anderes Mal ein „War of choice“. Der Krieg in Afghanistan wurde als „Stability Mission“ präsentiert, der Einmarsch in den Irak als „Democracy Building“ und das Bombardement Libyens 2011 überhaupt als „Responsibility to protect“ dargestellt. Nicolas Tenzer ist einer unter vielen, der zum Sieg der Ukraine über Russland aufgerufen hat. Gleichzeitig stellt er fest, dass Russland aufgrund der Abwanderung der Fachkräfte und des Niedergangs der

Wirtschaft ohnehin als Großmacht am Ende ist ⁽⁶⁾. Diese Darstellung liegt ganz auf der Linie jener europäischen Staats- und Regierungschefs, die bedingungslose Solidarität mit Kiew zeigen und den Kampf bis zum letzten Ukrainer fortsetzen wollen.

Dass es sich beim Krieg in der Ukraine um einen Stellvertreterkrieg handelt, hat selbst der amerikanische Außenminister Marco Rubio ausgeführt. Dieser Krieg sei, so sagte er, in Wahrheit ein Krieg zwischen Russland und dem Westen. Dabei lassen sich die amerikanischen Interessen bis zu den Studien von Zbigniew Brzezinski zurückverfolgen. Dieser führte in seinem Buch „The grand Chessboard“ aus, dass die USA unbedingt die Oberhoheit über die Ukraine gewinnen müssen, wenn sie Eurasien beherrschen wollen. Gleichzeitig würde Russland damit seinen Status als Großmacht verlieren.

Nun hat die New York Times unter der Überschrift „U.S. in a tight wartime bond with Ukraine“ im Detail ausgeführt, welche Rolle die USA in diesem Stellvertreterkrieg übernommen haben ⁽⁷⁾. Darin wird im Detail dargestellt, dass die USA, weit über die Lieferung von Waffen im Wert von \$ 66,5 Milliarden hinaus, die Kriegsführung in der Ukraine in den Bereichen Strategie, Aufklärung, Technologie bis hin zum Einsatz an der Front übernommen haben. Selbst die Bewegungen der Soldaten im Feld werden von amerikanischen Experten gelenkt. Dabei war die Grundidee, dass die amerikanische Beteiligung die russische Überlegenheit hinsichtlich der Zahl der Soldaten und der Feuerkraft ausgleichen würde. Die Amerikaner haben dafür sogar die „Task Force Dragon“ geschaffen. Die geheime Kommandozentrale dafür ist in Wiesbaden. Dort haben amerikanische und ukrainische Offiziere für jeden Tag mithilfe von Satellitenbildern genaue Kampfziele festgelegt. Diesen hat man den Decknamen „Points of interest“ gegeben und gehofft, damit die unmittelbare amerikanische Beteiligung verschleiern zu können.

Schon im Frühjahr 2022 hat die Biden- Administration höchst entwickelte Waffensysteme, wie etwa High Mobility Artillery Systems (HIMARS) geliefert. Dabei war das Ziel nicht nur, die Ukraine zu unterstützen, es ging vielmehr darum, Russland zu schwächen. Wenn nunmehr Donald Trump den Krieg in der Ukraine beenden will, die Europäer aber weiter kämpfen wollen, um Russland zu besiegen, so ist das eine äußerst gravierende Entscheidung. Dies insbesondere auch deshalb, weil die Ukraine dabei ist zu verbluten. So wird in einem Artikel des äußerst pro-ukrainischen Le Monde der demographische Niedergang des Landes aufgezeigt ⁽⁸⁾. Zählte die Ukraine im Jahr der Unabhängigkeit 1991 noch 52 Millionen Einwohner, so waren es nach offiziellen Angaben 2022 nunmehr 41 Millionen. Ende 2024 wurde nur mehr 36 Millionen Einwohner, davon 5 Millionen in den besetzten Gebieten, registriert.

Der Krieg hat die Entwicklung des Landes gebrochen. Die Zahl der Toten ist dreimal so hoch wie jene der Neugeborenen. Demnach würde die Bevölkerungszahl des Landes bis zum Jahre 2050 auf 25 Millionen sinken; und auf lediglich 15 Millionen eine Generation später. Diese Zahlen stützen sich auf Berechnungen des Think Tank „Frontier Institute“.

Wenn also europäische Eliten weiter auf Krieg in der Ukraine setzen-as long as it takes- und einen weiteren Krieg gegen Russland vorbereiten, dann laufen sie Gefahr, den Anschluss an die Geschichte zu verlieren. Wenn nunmehr ein 17. Sanktionspaket gegen Russland beschlossen wurde, dann steht wohl fest, dass Moskau die bisherigen, sehr harten Strafmaßnahmen, nur mit Unterstützung des „Globalen Südens“ überstehen konnte. D.h., dass die internationale Konstellation

immer mehr auf eine Trennung „The West against the Rest“ hinausläuft. China hat, bei allen Schwierigkeiten, die das Land haben mag, eine weltweite Führungsrolle in wesentlichen Bereichen, von der KI bis hin zu den erneuerbaren Energien, übernommen. Alleine Huawei beschäftigt auf seinem Campus in Shanghai 35 000 Forscher. Die USA unternehmen unter Donald Trump größte Anstrengungen, wieder stärker zu werden, ohne Rücksicht auf Freund und Feind. Und der Schwerpunkt der EU ist es, einen neuen Krieg gegen Russland vorzubereiten. Die Geschichte wird letztlich jene zur Verantwortung ziehen, die heute für diese Politik verantwortlich sind und die nächste Generation wird die Rechnung dafür bezahlen müssen.

ANMERKUNGEN

- (1) FAZ vom 15. Mai 2025
- (2) New York Times, Feb. 12th 2025
- (3) The Economist, November 2003
- (4) Neue Zürcher Zeitung; 17. Mai 2025
- (5) New York Times, May 17/18 2025; “This time she has a cell she made”
- (6) Nicolas Tencer; Fin de la Politique des grandes Puissances ; L’Observatoire
- (7) New York Times, April 2th, 2025
- (8) Le Monde; “L’Ukraine face au Declin de sa Démographie », 16. Mai 2025

() Dr. Wendelin Ettmayer, ehemaliger österreichischer Botschafter in Finnland/Estland;
Kanada/Jamaika; beim Europarat; Abgeordneter zum Nationalrat; Autor;
www.wendelinettmayer.at*